

Sarkozys Frankreich?

Henrik Uterwedde



Henrik Uterwedde

Zusammenfassung

Frankreich hat einen neuen Präsidenten. Nach Charles de Gaulle (1958-1969), Georges Pompidou (1969-1974), Valéry Giscard d'Estaing (1974-1981), François Mitterrand (1981-1995) und Jacques Chirac (1995-2007) ist Nicolas Sarkozy der 6. Amtsinhaber in der bald fünfzig-jährigen Geschichte der V. Republik. Er setzte sich am 6. Mai in der Stichwahl mit 53% gegen seine sozialistische Herausforderin Ségolène Royal durch; auch in der anschließenden Wahl zur Nationalversammlung errang seine Partei, die UMP (Union pour un mouvement populaire), mit 313 von 577 Sitzen eine komfortable absolute Mehrheit. Die Ära Sarkozy hat begonnen – aber ist unser Nachbarland deswegen auch „Sarkozys Frankreich“ geworden? Die Hyperaktivität, die der neue Präsident sofort nach seiner Wahl an den Tag gelegt hat, seine – in der französischen Presse bereits spöttisch kommentierte – rastlose Allgegenwart, mit der er den Premierminister und seine Regierung in den Schatten stellt, legen eine solche Deutung nahe. Ob Nicolas Sarkozy allerdings Frankreich so prägen kann, wie das seine Person, seine Amtsauffassung und sein politisches Programm versprechen, wird man erst in einigen Jahren beurteilen können.

Auf jeden Fall ist das Superwahljahr 2007 und die beginnende Ära Sarkozy gleich in mehrfacher Hinsicht von hohem Interesse. Es erlaubt Einblicke in das eigenwillige politische System unseres Nachbarlandes, die V. Republik (Teil 1), aber auch in die Art und Weise, wie dort Politik funktioniert und wie die Parteienlandschaft sich entwickelt hat (Teil 2). Ferner ist es interessant zu sehen, wie die französische Politik mit den schwierigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen umgeht, die sich von den unseren im Kern nicht unterscheiden (Teil 3). Schließlich ist aus deutscher Sicht auch interessant, wie sich unser wichtigstes Partnerland in der Europäischen Union positioniert (Teil 4).

V. Republik

1. Eine neue Republik?

Zunächst einmal hat die Wahl eine Diskussion vorläufig beendet, die in den vergangenen Monaten die politische Szene immer wieder belebt hat: Die Kritik an den Funktionsmängeln der V. Republik und die Forderung nach einer fundamentalen Verfassungsreform – in den Medien und von manchen Akteuren

gerne unter dem Stichwort „VI. Republik“ geführt. Diese Fundamentalkritik ist nicht neu – die V. Republik wurde 1958 in einer schweren politischen Krise, mitten in den bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen um Algerien geboren und von de Gaulle gegen die Mehrzahl der politischen Parteien durchgesetzt. Weil sie mit der notorischen Instabilität der Parlamentsherrschaft der IV. Republik (1946-1958) Schluss machen wollte, verfiel die neue Verfassung in das andere Extrem: Die Exekutive wurde gestärkt, das Parlament bekam gleich mehrfache Fesseln angelegt. Es handele sich dabei um einen „permanenten Staatsstreich“, befand 1964 ein gewisser François Mitterrand – um sich später, 1981 als Präsident gewählt, sehr gut in dieser Verfassung einzurichten.

„doppelköpfige Exekutive“

In der Tat handelt es sich um einen merkwürdigen Zwitter, der Elemente eines parlamentarischen Systems mit einem politisch außerordentlich machtvollen Präsidentenamt verbindet. Seit der Präsident (erstmalig 1965) direkt vom Volk gewählt wird, spricht man von einer „doppelköpfigen Exekutive“, die aus Präsident und Premierminister besteht. Hinter diesem Begriff steht auch die Tatsache, dass die politische Macht in Frankreich gleich auf einer zweifachen Legitimation durch Wahlen beruht: Der Präsident wird auf fünf (bis 2002 auf sieben) Jahre direkt vom Volk gewählt; ebenso die Nationalversammlung, der gegenüber der Premierminister verantwortlich ist und deren politische Mehrheit er für Haushalt und Gesetzgebung benötigt. In diesem System ist, wenn die politischen Mehrheiten der Präsidentschafts- und der Parlamentswahl übereinstimmen, der Präsident die dominierende Figur: Er ernennt den Premierminister, beeinflusst die Zusammensetzung der Regierung, bestimmt die Richtlinien der einzuschlagenden Politik und verfügt über eine Reihe eigenständiger verfassungsrechtlicher Befugnisse (Auflösung der Nationalversammlung, Besetzung von zivilen wie militärischen Staatsämtern, Oberbefehl über die Armee und die Nuklearstreitmacht, Anberaumung eines Referendums, Benennung von drei der neun Mitglieder des Verfassungsrates sowie dessen Anrufung, usw.). Im Zuge dieser Präsidentsialisierung des Systems, an dem alle amtierenden Präsidenten beteiligt waren, ist die Präsidentschaftswahl zur entscheidenden politischen Richtungswahl geworden.

Im Zuge dieser Präsidentsialisierung des Systems ist die Präsidentschaftswahl zur entscheidenden politischen Richtungswahl geworden.

„Kohabitation“

Was aber passiert, wenn diesem starken Präsidenten auf einmal eine Nationalversammlung gegenübersteht, in der die Opposition die Mehrheit hat? Dies passierte erstmals 1986, als die Konservativen die Parlamentswahlen gewannen und der Sozialist Mitterrand nun mit ihnen regieren musste. Dieser Zustand, „Kohabitation“ genannt, dauerte bis 1988, trat aber 1993 bis 1995 erneut ein. Eine dritte Kohabitation musste der konservative Präsident Jacques Chirac erdulden, als 1997 die Linksparteien eine Mehrheit errangen und mit dem sozialistischen Premierminister Jospin bis 2002 regierten. Denn in der „Kohabitation“ greift eine völlig andere, stärker parlamentarische Lesart der Verfassung: Der Präsident muss nun die politische Macht teilen. Er muss den Führer der Mehrheit im Parlament zum Premierminister ernennen; dieser kann seine innen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Vorhaben ungehindert realisieren (so setzte Jospin 1998 die stark umstrittene 35-Stunden-Woche durch). Nur in der Justiz-, der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Europapolitik müssen die gegnerischen Lager aufeinander Rücksicht nehmen, weil hier der Präsident verfassungsrechtliche eigene Befugnisse hat.

Der Präsident muss nun die politische Macht teilen.

Zwar haben die drei „Kohabitationen“ mehr oder minder gut funktioniert; es ist nicht, wie vielfach vorhergesagt, zur Blockade der Institutionen gekommen.

Dennoch wurden sie mit der Zeit unpopulär, weil für den Bürger die politische Verantwortung verwischt wurde. Um künftig Kohabitionen zu verhindern oder doch zu erschweren, wurde die Amtszeit des Präsidenten ab 2002 der fünfjährigen Legislaturperiode des Parlaments angepasst. 2002 und 2007 wurde jeweils zunächst der Präsident und anschließend die Nationalversammlung gewählt. Die Erwartung, dass die Wähler dem neugewählten Präsidenten auch eine parlamentarische Mehrheit geben würden, damit er seine Politik auch umsetzen könne, hat sich auch in diesem Jahr bestätigt.

Damit ist eine Rückkehr zu der „präsidialistischen“ Lesart der Verfassung verbunden, die durch den „bonapartistischen“ Regierungsstil von Nicolas Sarkozy noch auf die Spitze getrieben worden ist. Dieser hat keinen Zweifel daran gelassen, dass er der Dreh- und Angelpunkt der neuen Regierung ist. Er stellt mit seiner quirligen Aktivität und seinem Hang, sämtliche Themenfelder der neuen Politik zu bestimmen, die übrigen Regierungsmitglieder in den Schatten. Nicht nur den Premierminister, sondern auch die gesamte Regierung hat Sarkozy persönlich ausgewählt. Seine Wahlversprechen sind nahezu unantastbare Vorgaben; Gewicht und Handlungsspielräume der Regierungsmitglieder sind deutlich eingeschränkt. Es ist allerdings nicht sicher, ob Sarkozy diesen egomanischen Stil auf die Dauer wird durchhalten können. Auf jeden Fall hat er sich auf eine Weise exponiert, die es ihm schwer machen dürfte, im Falle auftretender Schwierigkeiten oder gar Misserfolge die Verantwortung auf andere abzulenken.

Wenn auch die Forderungen nach einer „VI. Republik“ – die das Regierungssystem entweder zu einem parlamentarischen oder aber zu einem präsidentiellen System nach dem Muster der USA umwandeln wollen – nur wenig Aussicht auf Erfolg haben, ist das Unbehagen an der Funktionsweise der französischen Demokratie nicht ohne Begründung. Es entzündet sich vor allem an der starken Konzentration der Macht auf die Exekutive (also den Präsidenten und seine Regierung), der keine wirklichen institutionellen Gegengewichte gegenüberstehen.¹ Diese extreme Form der Mehrheitsdemokratie fördert die Arroganz der Macht und die Versuchung jeder Regierung, die Interessen der Minderheit, aber auch die unterschiedlichen Interessen in der Gesellschaft zu ignorieren.

Konzentration der Macht auf die Exekutive

Diese fehlende Bodenhaftung der Politik hat mehrere Ursachen. Zum einen ist es eine Besonderheit der französischen politischen Kultur seit der Revolution von 1789, dass sie gegenüber Zwischengewalten, die sich zwischen Bürger und Regierung schieben, ein starkes Misstrauen hegt und deren Entwicklung behindert hat. Der „republikanische Pakt“ zwischen den Bürgern – die die Gewählten mit einem entsprechenden politischen Mandat ausstatten – und der Regierung – die sich als legitimer Träger des allgemeinen Volkswillens fühlen darf – soll nicht durch Partikularinteressen beschädigt werden. Insbesondere die Entwicklung der Parteien und Verbände hat unter dieser Kultur gelitten. Damit fehlen der Politik, zumal in einem zentralistischen Staat, wichtige Binde- und Vermittlungsglieder, die verhindern, dass die Politik sich allzu sehr von der Basis entfernt und abgehoben wirkt. Als Gegenmittel wird immer wieder die „soziale Konzertierung“ zwischen Regierung und Verbänden (vor allem Unternehmerverband und Gewerkschaften) beschworen, wenngleich nicht immer wirklich praktiziert. Der neue Präsident hat eine Reihe von Konsultationen der Sozialpartner zu diversen Gesetzesvorhaben angekündigt. Es bleibt abzuwarten, in-

Der „republikanische Pakt“

„soziale Konzertierung“

wiefern sich daraus eine echte Rückkopplung zwischen Politik und Gesellschaft entwickeln kann. Nach manchen negativen Erfahrungen der vergangenen Jahre ist durchaus Skepsis angesagt.

„rationalisierter
Parlamentarismus“

Auch das Parlament kann seine Rolle als Kontrollinstanz und Diskussionsforum nur unzureichend erfüllen. In dem Bestreben, die äußerst instabile Parlamentsherrschaft der IV. Republik zu überwinden, hat die Verfassung von 1958 dem Parlament gleich mehrfach die Daumenschrauben angelegt. Damit sollte ein modernes Verständnis des Parlamentarismus, nach dem eine stabile Parlamentsmehrheit die Regierung unterstützt, gleichsam erzwungen werden („rationalisierter Parlamentarismus“). So kann die Nationalversammlung ihre eigene Tagesordnung nicht bestimmen; die Zahl der Ausschüsse ist per Verfassung auf sechs begrenzt, was eine effektive Kontrolle der Regierung unmöglich macht (der Bundestag hat z.B. 22 ständige Ausschüsse); die Regierung kann jederzeit eine Block-Abstimmung über eine Gesetzesvorlage verlangen, was parlamentarische Änderungsanträge unterbindet. Absoluter Höhepunkt: Art. 49 (3) der Verfassung erlaubt es der Regierung, die Abstimmung über eine Vorlage mit der Vertrauensfrage zu verbinden – dann wird überhaupt nicht abgestimmt; das Gesetz gilt als angenommen, wenn nicht innerhalb von zwei Tagen ein Misstrauensantrag der Opposition Erfolg hat.

Wenn gesellschaftliche Vermittlungsinstanzen wie Parteien und Verbände ebenso wie das Parlament ihre Rolle nicht erfüllen (können), wird gesellschaftlicher Protest zum notwendigen Gegengewicht.

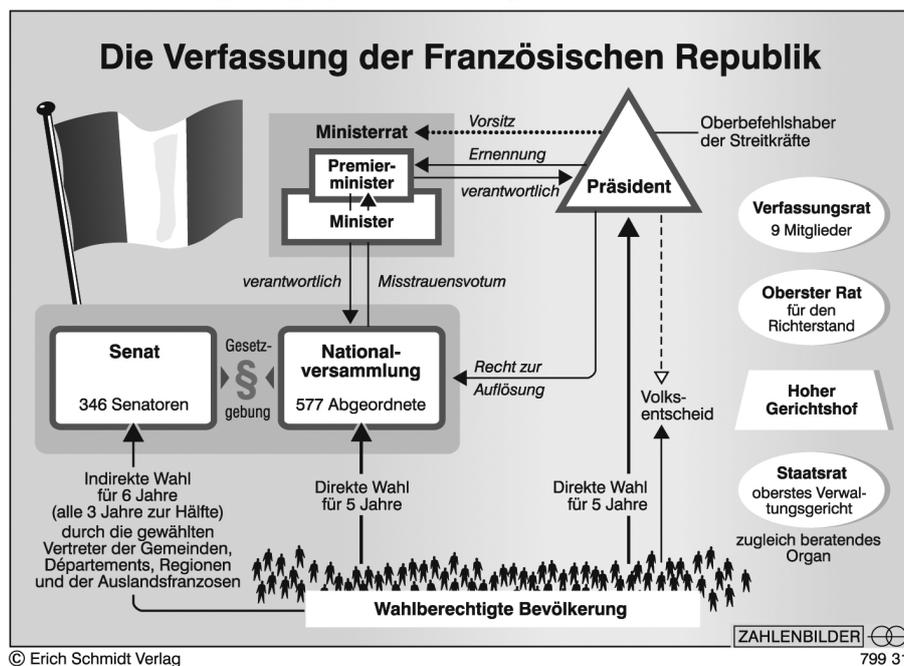
Wie sehr die künstliche Stärkung der Exekutive und die ebenso künstliche Beschneidung institutioneller Gegengewichte die Politik von ihrer Basis entfremden kann, verdeutlicht der Fall des Ersteinstillungsvertrages (Contrat première embauche, CPE) im Frühjahr 2006. Der Versuch des damaligen Premierministers de Villepin, ein umstrittenes, weil den Kündigungsschutz einschränkendes Gesetz „von oben“ durchzusetzen (unter Zuhilfenahme des erwähnten Art. 49, 3), scheiterte am Ende kläglich an einer massiven Mobilisierungsfront der Schüler, Studenten und Gewerkschaften, die das Gesetz schließlich zu Fall brachte.² Wenn gesellschaftliche Vermittlungsinstanzen wie Parteien und Verbände ebenso wie das Parlament ihre Rolle nicht erfüllen (können), so lautet die wiederholte Erfahrung, wird gesellschaftlicher Protest zum notwendigen Gegengewicht – dieses kann allerdings allenfalls als Blockadefaktor wirken.

Eine Reform der Institutionen und der Regierungspraxis ist daher seit langem auf der Tagesordnung. Nicolas Sarkozy versucht dies zum einen durch eine gezielte Politik der „Öffnung“ aufzufangen: Er hat Politiker der oppositionellen Linken, aber auch Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen in Regierungsämter berufen, um die notwendige Vielfalt in der Exekutive über die Mehrheitspartei UMP hinaus zu gewährleisten. Diese Öffnung kann weitgehend, aber nicht ausschließlich auf parteitaktische Gründe zurückgeführt werden; sie soll auch dem Vorwurf entgegenwirken, der Staatsapparat fungiere als „Selbstbedienungsladen“ der regierenden UMP. Der Präsident hat auch durchgesetzt, den Vorsitz des Finanzausschusses der Opposition zu überlassen (bisher wurden derartige Posten nur unter den Regierungsparteien verteilt!). Sarkozy hat ferner eine Kommission zur Verfassungs- und Institutionenreform einberufen, die bis Jahresende Vorschläge erarbeiten soll. Dabei stehen die Stärkung der Rechte des Parlaments und der Opposition im Vordergrund. Ferner soll die parlamentarische Opposition mit einem eigenen Statut versehen und damit aufgewertet werden. Schließlich wird auch über eine Änderung des Wahlrechts nachgedacht (siehe unten). Insgesamt

allerdings wird sich der Reformeifer in sehr engen Grenzen halten. Eine „neue Republik“, soviel steht bereits heute fest, wird es nicht geben.

Eine „neue Republik“ wird es nicht geben.

Schaubild: Das Regierungssystem der V. Republik



2. Ein neues Parteiensystem?

Frankreichs Parteienlandschaft ist traditionell sehr vielfältig, um nicht zu sagen zersplittert. Das Spektrum reicht von mehreren trotzkistischen Parteien über die Kommunisten, linkssozialistische Gruppierungen, die Sozialistische Partei, die Linksliberalen, die Grünen, die Mitte-Rechts-Gruppierungen, die neogaullistische Sammlungsbewegung UMP und die rechtsnationale UPF bis zum rechts-extremen Front national. Um dennoch stabile Regierungsmehrheiten zu gewährleisten, finden seit 1958 alle wichtigen Wahlen nach dem Mehrheitsprinzip mit zwei Wahlgängen statt. Im ersten Wahlgang, in dem die absolute Mehrheit erforderlich ist, sind oft zahlreiche Kandidaten präsent (allein bei der letzten Präsidentschaftswahl waren es 12). Im zweiten Wahlgang bleiben bei der Präsidentschaftswahl nur die beiden Erstplatzierten; bei den Wahlen zur Nationalversammlung dürfen nur Kandidaten teilnehmen, die im ersten Wahlgang mindestens 12,5% der Wahlberechtigten, d.h. in der Regel 17-18% der abgegebenen Stimmen erzielt haben. 2007 war dies nur in 12 Wahlkreisen der Fall.

Mehrheitsprinzip mit zwei Wahlgängen

In der Konsequenz führt die Mehrheitswahl zu einer starken Konzentration und zu einer Links-Rechts-Polarisierung. Kleine Parteien werden zu Bündnissen gezwungen, ohne die sie keine eigene parlamentarische Existenz haben. So reichten

Zwei-Lager-System

den Kommunisten 2007 durch ihre Bündnisse mit der Sozialistischen Partei 4,3% der Stimmen im ersten Wahlkampf, um knapp 20 Abgeordnete zu stellen und (mit Hilfe einiger grüner Abgeordneten) Fraktionsstärke zu erreichen. Die neue Partei der Mitte (Mouvement démocrate, früher: UDF) von François Bayrou, die sich weder rechts noch links einordnen und deshalb auch keine Bündnisse eingehen wollte, zählt im neuen Parlament trotz ihrer 7,5% nur 4 Abgeordnete; die Rechts-extremen mit ihren 4,7% sind überhaupt nicht vertreten. So schrumpft die Vielfalt der Parteien im Parlament zu einem Zwei-Lager-System, in dem sich in erster Linie die UMP (und ein von ihr geduldeter kleiner Ableger, die Zentrumsparterie) und die Sozialistische Partei (nebst einer kleinen kommunistischen Fraktion) gegenüber stehen. Diese Logik ist 2007 noch einmal verstärkt worden (vgl. Tabelle 2).

Immer wieder ist der Ruf nach einem Verhältniswahlsystem (oder doch der Einführung eines teilweisen Proportionalausgleichs) laut geworden. Denn auch die Nicht-Vertretung wichtiger Parteienströmungen, die insgesamt mehr als ein Viertel der Wählerstimmen repräsentieren, trägt zu dem oben beschriebenen Auseinanderklaffen zwischen Regierung/Parlament und Wählern bei. Nicolas Sarkozys Reformüberlegungen könnten darauf hinaus laufen, künftig einen bestimmten (mit Sicherheit aber eher kleinen) Teil der Sitze der Nationalversammlung nach dem Verhältniswahlsystem zu verteilen, um auch den kleineren Parteien eine Präsenz im Parlament zu sichern.

Die Mehrheitswahl
belohnt Einheit und
Bündnisfähigkeit
und bestraft
Uneinigkeit.

Die Mehrheitswahl belohnt Einheit und Bündnisfähigkeit und bestraft Uneinigkeit. Dies musste die Rechte 1981 und 1988 erkennen, als sie in zwei etwa gleich große Lager geteilt war, deren Rivalität wertvolle Stimmen kostete und letztlich den Sozialisten den Sieg brachte. Auf der Linken war es François Mitterrand, der erkannte, dass die Sozialisten nicht ohne ein Bündnis mit den Kommunisten, später auch anderen linksliberalen und grünen Gruppierungen siegen können. In der Präsidentschaftswahl 2007 war es ein Vorteil der Rechten, dass sie seit 2002 über eine einheitliche Sammlungsbewegung, die UMP, verfügte, die das rechte Lager zusammenführte und damit den Grundstein für die Mehrheit legte. Dagegen litten die Sozialisten 2002 unter zahlreichen linken Konkurrenzgruppen, die ihren Kandidaten Lionel Jospin viele Stimmen kosteten und ihm sogar die Teilnahme am zweiten Wahlgang verwehrten. Auch wenn 2007 diese Zersplitterung des linken Lagers überwunden werden konnte, hemmten innerparteiliche Rivalitäten und Animositäten den Wahlkampf der sozialistischen Kandidatin Ségolène Royal. Diese hatte sich in einer parteiinternen Vorwahl zwar deutlich gegen ihre Rivalen Dominique Strauss-Kahn und Laurent Fabius durchsetzen können, litt aber unter fortwährenden inneren Auseinandersetzungen in der PS.

Ein weiterer Faktor hat zum Wahlsieg Sarkozys und der Rechten beigetragen: Er hat es vermocht, einen großen Teil der rechtsextremistischen Wähler zurück zu gewinnen. Hatte deren Kandidat Le Pen 2002 noch 16-18% der Wähler hinter sich gebracht, waren es 2007 nur noch 10% – Ergebnis einer Wahlkampagne Sarkozys, die Themen wie Sicherheit und Ordnung, Einwanderung und nationale Identität in ungewohnter Deutlichkeit ansprach. Die naserümpfende Kritik der Linken, Sarkozy mache die Themen der Rechtsextremen hoffähig, verfiel ebenso wenig wie der Versuch, ihn als gefährlichen Rechtspopulisten zu dämonisieren. Beides war eher ein Dokument der Hilflosigkeit der Sozialisten und ihrer Unfähigkeit, selbst eine Sprache zu finden, die bei den einfachen Bevölke-

rungsschichten ankommt. So hat Sarkozy in breiten Arbeitnehmerschichten den Sozialisten zahlreiche Stimmen abgewinnen können.

Schließlich war auch das inhaltliche Angebot Sarkozys überzeugender. Während Ségolène Royals Wahlaussagen oft vage, ja improvisiert blieben und den Stempel innerparteilicher Kompromisse trugen, hatte Nicolas Sarkozy als unangefochtener Chef der UMP seine Wahlaussagen lange vorher formuliert und konkretisiert. Dies erlaubte ihm gleich nach seinem Amtsantritt eine Reihe von Reformbaustellen zu öffnen und mit teilweise sehr präzisen Zielvorgaben zu versehen (vgl. Tabelle 3).

Die PS, deren rivalisierende Führer und Gruppen sich derzeit über die Ursachen der Niederlage ebenso zerfleischen wie über die notwendige Erneuerung, steht vor einem Scherbenhaufen. Sie ist im wahrsten Sinne des Wortes kopflos: Weder ist eine Führungspersönlichkeit in Sicht, der die auseinanderstrebenden Flügel zusammenführen könnte, noch besteht Einigkeit über den einzuschlagenden Weg. Die Befürworter einer gemäßigten Sozialdemokratie à la française kritisieren, wie etwa der frühere Finanzminister Dominique Strauss-Kahn, „die wachsende Kluft zwischen den beschleunigten Veränderungen der französischen Gesellschaft und unseren alten Wahrnehmungsmustern, die den Hintergrund für unsere Wahlschläppchen bildet.“ Sie plädieren für eine Erneuerung der Sozialpolitik, die auf einen vorsorgenden Sozialstaat im Sinne der gegenwärtigen SPD-Diskussion hinausläuft, eine linke Angebotspolitik, die sich stärker um die Voraussetzungen und Bedingungen des Wachstums und nicht nur um eine gerechte Verteilung kümmert, und einen klar europäischen Kurs. Dies wird aber von linkssozialistischen, von einem tiefen (ökonomischen) Antiliberalismus erfüllten Strömungen als geistige Kapitulation vor dem politischen Gegner angesehen und scharf kritisiert. Der Wiederaufstieg der Sozialisten zu einer glaubwürdigen Regierungsalternative wird mühsam und langwierig sein.

Der Wiederaufstieg der Sozialisten zu einer glaubwürdigen Regierungsalternative wird mühsam und langwierig sein.

Tabelle 1: Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 22. April und 6. Mai 2007

	1. Wahlgang (22.4.)		2. Wahlgang (6.5.)	
	Absolut	In %	Absolut	In %
Wahlberechtigte	44 472 834	100,00	44 472 733	100,00
Abgegebene Stimmen	37 254 242	83,77	37 342 004	83,97
Gültige Stimmen	36 719 396	82,57	35 773 578	80,44
Nicolas Sarkozy (UMP)	11 448 663	31,18	18 983 138	53,06
Ségolène Royal (PS)	9 500 112	25,87	16 790 440	46,94
François Bayrou (UDF)	6 820 119	18,57		
Jean-Marie Le Pen (Front national)	3 834 530	10,44		
Olivier Besancenot (Trotzkist, LCR)	1 498 581	4,08		
Philippe de Villiers (Rechtsnational)	818 407	2,23		
Marie-Georges Buffet (PCF)	707 268	1,93		
Dominique Voynet (Grüne)	576 666	1,57		
Arlette Laguiller (Trotzkistin, LO)	487 857	1,33		
José Bové (parteilos, Glob.kritiker)	483 008	1,32		
Frédéric Nihous (parteilos)	420 645	1,15		
Gérard Schivardi (Trotzkist, PT)	123 540	0,34		

Quelle: Frz. Innenministerium

Tabelle 2: Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung vom 10. und 17. Juni 2007

	1. Wahlgang 10.6.2007		2. Wahlgang 17.6.2007		Sitze
	Stimmen	In Prozent	Stimmen	In Prozent	
Wahlberechtigte	43 896 043	100,00	35 224 832	100,00	
Abgegebene Stimmen	26 521 824	60,42	21 129 554	59,98	
Gültige Stimmen	26 026 466	59,29	20 406 932	57,93	
Enthaltung	17 374 219	39,58	14 095 278	40,02	
Ungültige und leere Stimmzettel	495 358	1,13	722 622	2,05	
Extreme Linke	888 234	3,41			
PS (Sozialistische Partei)	6 436 521	24,73	8 624 724	42,26	186
PRG (Linksliberale)	343 565	1,32	333 191	1,63	7
PCF (Kommunistische Partei)	1 115 663	4,29	464 739	2,28	15
Sonstige Linke	513 407	1,97	503 566	2,47	15
Les Verts (Die Grünen)	845 977	3,25	90 975	0,45	4
UMP – Union pour un Mouvement Populaire	10 289 737	39,54	9 461 330	46,36	313
NC (Neues Zentrum, mit UMP verbündet)	616 440	2,37	433 057	2,12	22
UDF – Mouvement Démocrate	1 981 107	7,61	100 106	0,49	3
Sonstige Rechte	954 423	3,67	238 585	1,17	9
Front National und andere extreme Rechte	1 218 260	4,68	17 107	0,08	0
Sonstige	823 132	3,16	139 552	0,68	2

Quelle: eigene Zusammenstellung nach CEVIPOF/frz. Innenministerium

3. Eine neue Politik?

Das Wahljahr 2007 stand im Zeichen der Erneuerung. Ähnlich wie in Deutschland zum Ende der Ära Kohl 1998 war offenkundig geworden, dass die Verwaltung des status quo nicht ausreichen würde, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu genügen. Frankreich, so brachte es der Zentrums-Politiker François Bayrou auf den Punkt, leide an „einer kranken Demokratie, einem zerrissenen sozialen Netz und einer Wachstumskrise“. Dies deutet bereits auf den umfassenden Erneuerungsbedarf, der ähnlich auch von Ségolène Royal und Nicolas Sarkozy thematisiert wurde.³

Sarkozy, immerhin als Innen- bzw. Finanzminister mitverantwortlich für den Stillstand der vergangenen Jahre, setzte sich deutlich gegen den scheidenden Präsidenten (und Parteifreund!) Jacques Chirac in Position und sprach von einem notwendigen „Bruch“ mit der bisherigen Politik. Er ließ keinen Zweifel daran, dass er umfassende Veränderungen für notwendig hielt. Der neue Präsident hat denn auch gleich nach Amtsantritt reihenweise Reformbaustellen eröffnet, die von der Innen- über die Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik bis zur Institutionenreform reichen (vgl. Tabelle 3). Er will offensichtlich den hohen Vertrauensvorschuss nutzen, um die Veränderungen schnell voranzutreiben. Dabei entzieht sich die von Sarkozy vorangetriebene Politik einer einfachen

Zuordnung. Natürlich handelt es sich um eine konservative Reformagenda. Sie umfasst aber unterschiedliche, teilweise widersprüchliche Elemente.⁴

- Eine eher repressive Innenpolitik wird in dem bereits verabschiedeten Gesetz sichtbar, das die Mindeststrafen für Wiederholungstäter heraufsetzt. Hier kommt der Nicolas Sarkozy zum Vorschein, der bereits während der gewalttätigen Jugendunruhen in den Vorstädten im November 2005 von „Abschaum“ redete und die Gewalt mit dem „Hochdruckreiniger“ beenden wollte. Auch als Innenminister hatte er sich schon durch eine repressive Law-and-order-Politik hervorgetan. In dieselbe Richtung weist sein – ebenfalls umgesetztes – Versprechen, ein Ministerium für Einwanderung und nationale Identität zu schaffen, was von vielen Beobachtern als unzulässige Verkürzung der Einwanderung auf ein Sicherheits- und Identitätsproblem kritisiert worden ist. Hier hat Sarkozy offensichtlich bewusst Angebote in Richtung der Wähler des Rechtsextremen Le Pen gemacht – wie man sieht, mit Erfolg.
- Dennoch wäre es zu einfach, Sarkozy als Rechtspopulisten zu hinstellen, wie dies teilweise im Wahlkampf versucht worden ist. Denn er hat Politikerinnen mit einem Migrationshintergrund in seine Regierung berufen, unter anderem Rachida Dati als Justizministerin, Rama Yade als Staatssekretärin für Menschenrechtsfragen und Fadela Amara (Präsidentin der frauenpolitischen Vereinigung „ni putes ni soumises“) als Staatssekretärin für Stadtentwicklung.
- Ein wirtschaftsliberaler Reformkurs wird erkennbar in den umfassenden Steuer- und Abgabensenkungen, der faktischen Aushebelung der 35-Stunden-Woche, der beabsichtigten Streichung von Beamtenstellen (37.000 für 2008) sowie in der Absicht, einen neuen, flexibleren Einheits-Arbeitsvertrag einzuführen. Hier sind Konturen einer neuen Angebotspolitik erkennbar, die – ergänzt durch eine stärkere Förderung von Bildung, Forschung und Innovation – die Wettbewerbsfähigkeit und die Wachstumsaussichten Frankreichs längerfristig erhöhen soll.
- Aber auch die Nachfragepolitik, die in Frankreich ohnehin höher im Kurs steht als in Deutschland, wird nicht vernachlässigt. Die gezielte Erhöhung einiger Sozialeinkommen (Mindestrenten, Familienbeihilfen), die Lohnzuschläge für Mehrarbeit, die Steuer- und Abgabensenkungen für die Beschäftigten sollen mehr Kaufkraft und damit mehr binnenwirtschaftliche Nachfrage freisetzen. „Indem man das Arbeitsvolumen ausweitet,“ so der Präsident, „erhöht man die Kaufkraft der Beschäftigten, gibt man der Wirtschaft neuen Treibstoff und erreicht man Spielräume, um die Defizite zu reduzieren.“⁵
- Aus ähnlichen Gründen ist die Haushaltspolitik mit zahlreichen kostspieligen Aktionen (allein die Steuersenkungen kosten an die 11 Mrd. Euro) expansiv angelegt und wird zunächst die Verschuldung nach oben treiben. Sarkozy hat sich ausdrücklich gegen eine rigorose Spar- und Verzichtspolitik gewandt. Stattdessen sollen die vorübergehenden Haushaltsdefizite längerfristig durch höhere Einnahmen wieder wettgemacht werden. Dementsprechend hat er das Versprechen der Vorgängerregierung an die EU, bis 2010 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, relativiert und das Ziel auf 2012 verschoben.

- Ausgesprochen dirigistisch dürfte künftig die Industriepolitik sein. Als Finanzminister hat Sarkozy bereits mehrfach ungeniert im Namen des „nationalen Interesses“ in große Unternehmen hineinregiert; auch beim EADS-Konzern strebt er einen stärkeren direkten Einfluss des französischen Staates an.⁶
- Auch in der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik setzt Sarkozy deutliche interventionistische, teilweise protektionistische Akzente. Die auf Geldwertstabilität ausgerichtete Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist ihm ebenso ein Dorn im Auge wie die Untätigkeit angesichts der starken Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar: erstere sei wachstumsschädlich, letztere benachteilige die europäische Industrie im globalen Wettbewerb. Im Grunde hat er sich – wie auch andere französische Politiker – nicht mit der vertraglich gesicherten Unabhängigkeit der EZB abgefunden und will überdies den politischen Einfluss der Eurogruppe (d.h. dem Rat der Finanzminister der Euro-Staaten) verstärken. Auch in der Außenhandelspolitik hat Sarkozy alte Konzepte einer „Gemeinschaftspräferenz“ wiederbelebt (die auf einen fallweisen europäischen Protektionismus nach dem Muster des Agrarmarktes hinauslaufen) und will Schutzklauseln im Rahmen der Welt handelsorganisation WTO mobilisieren. Auf dem EU-Gipfel im Juni 2007 hat er erreicht, dass der „freie, unverfälschte Wettbewerb“ aus dem Katalog der Ziele der Union gestrichen wurde.

In diesen Plänen des neuen Präsidenten ist eine umfassende Reformagenda und ein politischer Wille zur Veränderung erkennbar, der sich abhebt vom zunehmend lähmenden Stillstand am Ende der Ära Chirac. Interessant ist das sichtbare Bemühen Sarkozys, seine Reformpolitik nicht nur mit den Begriffen Flexibilität und Leistungseinschränkungen zu verbinden, sondern auch mit Leistung und Arbeit, Kaufkraft und Protektion. Der (gerade in Frankreich) wohlfeile Vorwurf des „Neoliberalismus“ greift nicht nur zu kurz, sondern ist schlicht falsch. Allerdings zeichnen sich dabei auch Widersprüche ab. Sarkozys protektionistischer Diskurs mag innenpolitisch geschickt sein, weil er traditionell starke Globalisierungsängste in der Gesellschaft ebenso auffängt wie die Vorbehalte gegenüber einer „neoliberalen“ Europäischen Union. Aber zwischen markigen Ankündigungen und realen Durchsetzungsmöglichkeiten liegen angesichts bestehender europäischer wie internationaler Regeln und Verpflichtungen Welten – ganz abgesehen davon, dass ein solcher Weg auch für die französische Wirtschaft nur Scheinlösungen bietet. Der Präsident droht hier eine alte Lebenslüge aufrecht zu erhalten, der sich schon viele Regierungen bedient haben und die eine realistische Auseinandersetzung mit den Handlungsspielräumen nationaler Politik behindert: die Illusion, dass die französischen Probleme von außen (Europa, Globalisierung) kämen und dass Protektion eine angemessene Antwort darauf sei. Auch in anderen Bereichen – etwa der inneren Sicherheit und der Situation der Vorstädte – drohen die hohen Erwartungen, die der Präsident geweckt hat, der Realität nicht standzuhalten. In der Haushaltspolitik wird der Präsident von der harten Realität schneller eingeholt werden als ihm lieb sein kann: Auch wenn er die überfällige Haushaltssanierung zeitlich nach hinten verschoben hat, könnten ihm die hohen Kosten seiner Steuergeschenke ebenso Schwierigkeiten bereiten wie die sich abzeichnenden hohen Defizite der Sozialversicherung.

Die Illusion, dass die französischen Probleme von außen (Europa, Globalisierung) kämen und dass Protektion eine angemessene Antwort darauf sei.

Schließlich gibt es Fragezeichen, die Sarkozys Politikstil, seinen Hyperaktivismus und seine Neigung, alle erdenklichen politischen Themen an sich zu ziehen, betreffen. Kann er die nicht einfache Balance zwischen dem Willen zur Reform einerseits, der Fähigkeit zum Dialog, zur Verhandlung und zum Kompromiss andererseits finden? Nur so wird der Präsident seine neue Politik durchsetzen und legitimieren können.

4. Ein neuer Partner in Europa?

„Frankreich ist zurück in Europa“ – dieser Satz Nicolas Sarkozys am Wahlabend umreißt die neue Rolle, die Frankreich in der Europäischen Union spielen will, in all ihrer Widersprüchlichkeit.⁷ Nach zweijähriger Lähmung, hervorgerufen durch das „Nein“ der Franzosen in der Volksabstimmung zum Europäischen Verfassungsvertrag am 29.5.2005, meldet sich Frankreich in der Tat als aktiver Gestalter zurück. Der neue Präsident hat denn mit seinen Vorschlägen auch tatkräftig mitgeholfen, aus der Sackgasse der Verfassungsdiskussion herauszufinden und den Weg für die Reform der EU-Institutionen freizumachen. Ebenso positiv wird Sarkozys Reformagenda bewertet: Die Überwindung der französischen (wie übrigens auch der deutschen) strukturellen Wachstumsprobleme ist ein wesentlicher Beitrag zur Wiedergewinnung einer europäischen Wirtschaftsdynamik. Dass diese Rückmeldung in Europa gepaart ist mit einem kaum zu bremsenden Selbstbewusstsein und Aktivitätsdrang, muss kein Schaden sein: Ein aktiver, wenn auch unbequemer Partner ist allemal besser als ein handlungsunfähiger.

Allerdings hat Sarkozy mit seinem eigenwilligen, teilweise brüskten Stil, etwa in der Behandlung der Türkei-Beitrittsverhandlungen, Fragen bezüglich seiner Gemeinschaftsfreundlichkeit und Kooperationsfähigkeit aufgeworfen. Seine oben angesprochenen industrie-, währungs- und außenhandelspolitischen Offensiven, aber auch die Attacken auf die Europäische Zentralbank haben manche Alarmglocke in Brüssel und in anderen europäischen Hauptstädten schrillen lassen – zu Recht. Forderungen nach einer Politisierung der Geld- und Wechselkurspolitik, der Änderung der Statuten der Europäischen Zentralbank oder einem europäischen Protektionismus sind in der EU im Übrigen nicht mehrheitsfähig. Sie schaden der Glaubwürdigkeit der europäischen, aber auch der französischen Politik und schwächen die französische Position auch dort, wo sie gute Argumente hat – etwa wenn es um die bessere Verzahnung der Geldpolitik (Europäische Zentralbank) und der Haushaltspolitik (nationale Regierungen in der Euro-Gruppe) im Euroraum geht.

Hier gilt wie insgesamt, dass die zahlreichen politischen Ausrufezeichen, die der neue Präsident seit seiner Wahl am 6. Mai gesetzt hat, mindestens ebenso viele Fragezeichen provozieren. Am Ende wird der neue Präsident, wie schon seine Vorgänger, an seinen Ergebnissen gemessen werden. Erst dann wird man die Frage beantworten können, ob Nicolas Sarkozy wirklich eine neue Ära in unserem Nachbarland eingeleitet hat.

Hier gilt wie insgesamt, dass die zahlreichen politischen Ausrufezeichen, die der neue Präsident seit seiner Wahl am 6. Mai gesetzt hat, mindestens ebenso viele Fragezeichen provozieren.

Tabelle 3: Reformbaustellen der neuen Regierung in Frankreich

Reformfeld	Ziele und Maßnahmen	Verfahren, Zeitplan
Verfassungs- und Institutionenreform	Stärkung der Parlamentsrechte; Einführung einer begrenzten „Verhältniswahl-Dosis“; Statut der Opposition	Expertenkommission eingesetzt, Bericht bis 1.11.07 Verfassungsreform bis März 2008
Forschung, Bildung	Erhöhung der Ausgaben auf 3% des BIP bis 2012; steuerliche Forschungsförderung Erhöhung des Budgets für universitäre Bildung um 50% in 5 Jahren; Autonomie der Universitäten	Gesetz zur Autonomie der Universitäten: Herbst 2007 Budgeterhöhung ab 2008
Justiz	Erhöhung der Mindeststrafen für Wiederholungstäter	Gesetz verabschiedet: August 2007
Steuerpolitik	Steuersenkungen; Absenkung der Höchstgrenze für alle Steuern auf 50% des Einkommens Überstunden abgaben- und steuerfrei Weitgehende Senkung der Erbschaftssteuer Freibetrag bei der Vermögenssteuer von 50.000 Euro für Investitionen in mittelständische Firmen Mehrwertsteuererhöhung um bis zu 4 Punkte zur Finanzierung der Senkung der Arbeitgeber-Sozialabgaben („soziale Mehrwertsteuer“)	Steuerpaket verabschiedet: Juli 2007 In Prüfung; eventuell Erprobung vor genereller Einführung
Soziale Beziehungen	Konfliktvermeidung und Einführung eines Mindestdienstes bei Streiks im öffentlichen Personenverkehr Belebung des sozialen Dialogs	Rahmengesetz August 2007; Verhandlungen der Tarifparteien Gesprächsrunden zu verschiedenen Themen mit Sozialpartnern (September)
Arbeit und Beschäftigung	Arbeitsrecht: Neuer einheitlicher Arbeitsvertrag mit allmählich wachsendem Kündigungsschutz Überprüfung der 35-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst; Ermöglichung von Überstunden (mit Lohnzuschlägen von 25%) Arbeitsmarkt: Erhöhung des Arbeitslosengeldes für Niedriglohneempfänger; stärkerer Druck auf Arbeitslose, angebotene Stellen wahrzunehmen; Schaffung einer einheitlichen Arbeitsagentur	Verhandlungen der Sozialpartner ab September; Gesetz bis Jahresende Geplant für 2008 Verhandlungen; Gesetz Ende 2007
Sozialstaat, Sozialpolitik	Familienbeihilfen auch für Ein-Kind-Familien Angleichung der Renten-Sonderregelungen in einzelnen Sektoren an das allgemeine System; Erhöhung der Mindestrenten und der Renten von Müttern, die Kinder erzogen haben Eigenbeitrag bei Arztbesuchen 700.000 neue Wohnungen in 5 Jahren; Erleichterung des Kaufs von Wohnungen	Geplant für 2008 Bis 2012 Nicht bekannt Geplant für 2008 Geplant für 2008 Nicht bekannt
Haushalt, Finanzen	Rückführung der öffentlichen Schulden von 63,9% (2006) auf 60% (2012); Senkung der Abgabenquote um 4 Prozentpunkte; Begrenzung der Staatsausgaben auf real 1,5% pro	Haushaltsgesetz im Herbst 2007

	Jahr	
Umwelt	Konzept „nachhaltige Entwicklung“ Besteuerung des CO ₂ -Verbrauches; Investitionen in erneuerbare Energien und Nuklearenergie	Nationale Konferenz mit Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Umweltverbänden (Oktober 2007)
Öffentlicher Dienst	Einsparung von 50% der freiwerdenden Beamtenstellen Reform des öffentlichen Dienstes	ab 2008 4 „Konferenzen“ mit den Gewerkschaften (Herbst 2007)

Quelle: eigene Zusammenstellung

Anmerkungen

- 1 Mit einer gewissen Ausnahme des Verfassungsrates, der seit 1974 auch von der parlamentarischen Minderheit angerufen werden kann und dessen Rolle als Korrektiv der Politik zugenommen hat; vgl. Vogel 2001.
- 2 Vgl. dazu Henrik Uterwedde: Der Konflikt um den CPE. Ein politisches Lehrstück. In: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Nr. 2/2006, S. 11-16.
- 3 Ein umfangreiches Bild über Frankreich unmittelbar vor den Wahlen bietet der Themenschwerpunkt der Zeitschrift „Internationale Politik“ (Nr.4, 2007, S. 6-65).
- 4 Zu den widersprüchlichen Signalen der Wirtschaftspolitik vgl. Henrik Uterwedde: Sarkozys Wirtschaftspolitik. Eine Reformagenda à la française?, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Nr. 3/2007, S. 10-14.
- 5 Nicolas Sarkozy, Interview in Le Monde, 25.4.2007.
- 6 Zu den damit verbundenen Problemen des „ökonomischen Patriotismus“ vgl. Henrik Uterwedde: Patriotisme économique. Eine (nicht nur) französische Debatte, in: Dokumente Nr.6/2006, S.16-21.
- 7 Zur Europapolitik Sarkozys vgl. Daniela Schwarzer: Grund zur Vorsicht. Sarkozys europapolitisches Programm, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Nr. 3/2007, S.15-19; Joachim Schild: Sarkozys Europapolitik: Das zunehmende Gewicht der Innenpolitik, in: Integration, Nr.3/2007, S. 221-234.

Literatur

- Deutsch-Französisches Institut u.a. (Hrsg.): Frankreich-Jahrbuch, Opladen: Leske und Budrich/Wiesbaden: VS; seit 1988. Themenschwerpunkt 2007: 50 Jahre V. Republik.
- Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog. Bonn: Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit (6 Hefte pro Jahr)
- Ernst Ulrich Grosse/Heinz-Helmut Lüger: Frankreich verstehen: Eine Einführung mit Vergleichen zu Deutschland, Darmstadt: Primus, 5. Aufl. 2000
- Frankreich. Informationen zur politischen Bildung Nr.285, 4. Quartal 2004 (Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung; www.bpb.de)
- Udo Kempf: Das politische System Frankreichs. Wiesbaden: VS, 4. Aufl. 2007
- Adolf Kimmel/Henrik Uterwedde (Hrsg.): Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2005
- Gisela Müller-Branddeck-Bocquet: Frankreichs Europapolitik, Wiesbaden: VS 2004
- Joachim Schild/Henrik Uterwedde: Frankreich. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag, 2.Aufl. 2006 (Reihe Grundwissen Politik)
- Joachim Schild/Henrik Uterwedde (Hrsg.): Frankreichs V. Republik. Ein Regierungssystem im Wandel. Festschrift für Adolf Kimmel, Wiesbaden: VS 2005
- Wolfram Vogel: Demokratie und Verfassung in der V. Republik, Opladen: Leske + Budrich 2001

Internetressourcen

- www.deutschland-und-frankreich.de (offizielles, komplett zweisprachiges Internetportal der beiden Außenministerien, bietet eine Fülle an Informationen zu aktuellen Ereignissen, aber auch Hintergründen sowie praktische Tipps)
- www.dfi.de (Homepage des Deutsch-Französischen Instituts mit einer nützlichen Linksammlung, Hinweisen auf Veröffentlichungen und dem Online-Katalog der Bibliothek mit ihrem einzigartigen Bestand)
- www.france-blog.info (Frankreich-Blog des Klett-Verlages mit zahlreichen nützlichen aktuellen, auch französischen Texten, wendet sich vorwiegend an Schüler und Lehrer)
- www.frankreich-heute.de (ausgezeichneter, professionell gestalteter Blog mit aktuellen Nachrichten, Termin- und Lesehinweisen)